

Radikalreformerisch und undogmatisch

- Überarbeitetes Referat auf dem ProgrammKonvent von Linkspartei.PDS und WASG am 07. Oktober 2006 in Dresden -

ich bin als Vertreter der Reformlinken angefragt worden, auf diesem ProgrammKonvent zur programmatischen Debatte zu sprechen. Das Netzwerk Reformlinke, das seit 2003 in der PDS besteht, hat zur Programmdebatte kein eigenes Papier vorgelegt und dennoch sind die von uns vertretenen Positionen in der programmatischen und strategischen Debatte präsent:

- z.B. ist das 2003 mit 333 zu 38 Stimmen beschlossene PDS-Programm von Chemnitz¹ in seinen wesentlichen Punkten die Basis, auf der undogmatische und Reformlinke für die Programmausrichtung der neuen Linken streiten,
- z.B. im Papier „Gewählt um zu verändern“, das zum Dresdner Parteitag im Dezember 2005 von Kerstin Kaiser, Stefan Liebich und Wulf Gallert vorgestellt wurde
- und nicht zuletzt in wesentlichen Gedanken des Leitantrags zum jüngsten Landesparteitag der Linkspartei in Sachsen-Anhalt „Offen für Veränderungen - offen für den Dialog“.

Mit diesen radikalreformerischen und radikaldemokratischen Positionen haben wir uns in die Arbeit an den Eckpunkten eingebracht. Die vorgelegten Eckpunkte zur Programmdebatte sind einerseits ersichtlich der weitestgehende Kompromiss, der derzeit möglich zu sein scheint. Andererseits sind die Eckpunkte ein Formelkompromiss, mit allen Schwächen, die Formelkompromissen innewohnen.

Nach der Bundestagswahl 2002 haben wir als Reformlinke dafür gestritten, die PDS-Unkultur der Formelkompromisse aufzugeben. In den 90er Jahren sollten durch Formelkompromisse unproduktiver Streit verhindert und der Medienöffentlichkeit das Bild einer geschlossenen Partei vermittelt werden. Dieser Weg ist gründlich schief gegangen. Wichtige Analysen wurden unter den Tisch gekehrt, Kritik vermieden, Beliebigkeit an die Stelle von notwendiger Auseinandersetzung gesetzt. Das Ergebnis ist bekannt – mit 4% scheiterte die PDS bei der Bundestagswahl 2002 und an sich selbst.

Diese Fehler zu vermeiden heißt, sich des begrenzten Charakters der Eckpunkte klar zu werden. Sie sind die Plattform, auf der die inhaltliche Debatte weiterentwickelt können. Aber es heißt auch, sie nicht im Sinne eines später unveränderlichen „Grundkonsenses“ zu zementieren. Mit den Worten von Hans Thie im „Freitag“ vom 29.09.2006: *„Überzeugungen sollten ausgesprochen werden, damit man sie drehen und wenden, annehmen und verwerfen kann“.*²

Die bedeutet aber auch, sich über eins klar zu werden: Die Linkspartei.PDS ist – wie wir als Reformlinke in einem Papier zum Hallenser Bundesparteitag im Jahre 2006 einschätzten - *„im Verständnis ihrer Mitglieder eine weltanschauliche, eine Theorie- und eine Programmpartei. Das Überleben der PDS in der BRD nach 1990 ist jedoch nicht in erster Linie ihrer sozialistischen Programmatik geschuldet, sondern der konsequenten Hinwendung zur Politik des Alltags in den neuen Bundesländern. Wir wer-*

¹ <http://sozialisten.de/partei/dokumente/programm/index.htm>.

² Hans Thie, Und die Logik nicht vergessen - Linkspartei und WASG haben noch viel zu tun, wenn ihre Programmatik reifen soll, im: Freitag Nr. 39/2006, <http://www.freitag.de/2006/39/06390201.php>.

den wahrgenommen als Partei, die sich am konsequentesten der sozial Benachteiligten und der VerliererInnen der Einheit annimmt. (...)

Mit der WASG treffen wir auf eine Partei, die aus der aktuell politischen Widerspruchsentwicklung in diesem Land entstanden ist. Die Agenda 2010, mit der der Sozialstaat alter Prägung aufgekündigt worden ist, hat sich die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Bewegung gespalten und den Anstoß für einen Parteineugründungsprozess gegeben. Die WASG ist demnach nicht über einen alternativen Gesellschaftsentwurf betrieben worden. Sie konzentrierte sich auf die ‚soziale Frage‘ so wie sie sich heute stellt. Dies ist ein anderer Parteiansatz als bei der PDS.³

Das heißt, wir sind mit einer an Intensität deutlich zunehmenden Heterogenität in der Mitgliedschaft konfrontiert. Wir sind nun nicht mehr einfach nur Ost- und Westdeutsche in der PDS. In der neuen Linken werden Mitglieder aus Ost und West, aus der früheren SED, aus der SPD, den Gewerkschaften, den Grünen, sozialen Bewegungen sein. Oder einfach nur Menschen, die vorher noch nie irgendwo politisch aktiv waren.

Alle diese Menschen tragen Erfahrungen und Wertvorstellungen mit sich herum. Streitkulturen aus der SPD und den Gewerkschaften unterscheiden sich deutlich von denen bei den Grünen. Die der autoritären SED von denen der generell vorstandskritischen PDS oder den grundsätzlich partei-skeptischen in sozialen Bewegungen. Begriffe, Schlagwörter werden mit diesen Erfahrungen und Wertvorstellungen kombiniert und aufgrund dessen bewertet. Da sind Missverständnisse und Enttäuschungen vorprogrammiert.

Wenn nun in der innerparteilichen Debatte bestimmte Begriffe in Frage gestellt werden, dann stehen hinter den unterschiedlichen Positionen auch politische Lebenswege. Ich will ein Stichwort nennen: Die Kritik an der „Rückkehr zu den 70er Jahren“. Ich weiß, dass Oskar Lafontaine, Axel Troost und andere mit aus ihrer Sicht guten Argumenten für eine wohlfahrtsstaatliche Politik keynesianischer Prägung wirbt, wie sie in den 70er Jahren dominiert hat. Diese Herangehensweise entspricht nicht nur seiner politischen Herkunft, sondern bildet ein relevantes linkssozialdemokratisches, gewerkschaftliches und sozialistisches Spektrum ab.⁴

Ich weiß auch, dass viele Ostdeutsche, unabhängig welches Alter sie haben, mit dieser Herangehensweise nichts anfangen können. Die 70er Jahre in Westdeutschland sind ihnen ebenso fremd wie der keynesianische Wohlfahrtsstaat. In der DDR herrschte in den 70er Jahren staatsmonopolistischer Sozialismus und die eingesetzten nationalstaatlichen Steuerungsmechanismen gingen letztlich 1990 über die Wupper. Seitdem sind wir damit konfrontiert, dass Ostdeutschland als Experimentierfeld für Sozialabbau benutzt wird.

Für jemanden, wie z.B. den jüngeren West-MdB Jan Korte, als grün-alternativ sozialisierten Linker, sind die 70er Jahre als Leitbegriff aber auch schwierig. Das beginnt damit, dass seine Eltern z.B. in der Umweltbewegung gegen die industrielle Wachs-

³ Claudia Gohde/Benjamin Hoff/Elke Breitenbach/Heinrich Eckhoff 2006, Für eine demokratisch-sozialistische Linke. Anforderungen an den künftigen Parteivorstand bzw. die Parteientwicklung aus Sicht der undogmatischen und Reform-Linken – Diskussionspapier für das Delegiertentreffen am 28.04.2006, http://www.forum-ds.de/download/demokratisch-sozialistische_Linke.pdf.

⁴ Vgl. Kai Eicker-Wolf (Hrsg.) 1996, Wirtschaftspolitik im theoretischen Vakuum? Zur Pathologie der Politischen Ökonomie, Marburg; Joachim Bischoff 2002, Die Memoranden – Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftskonzeption, in: Utopie kreativ Heft 146, S. 1114-1123.

tumseuphorie und Atomkraftwerke gekämpft haben. Zu den 70er Jahren gehörten für viele Westlinke die Berufsverbote, der sogenannte „Deutsche Herbst“ etc.

Katharina Schwabedissen hat aus Sicht der Antikapitalistischen Linken erklärt, dass die Linke sich an Militäreinsätzen im Libanon nicht beteiligen dürfe – aufgrund der deutschen Geschichte. Auch wenn wir zum gleichen Ergebnis kommen, will ich doch auf eins hinweisen: Es gibt sicherlich einen Teil der Linkspartei, der diese Begründung nicht teilt und im Gegenteil darauf hinweist, dass es vielmehr Aufgabe Deutschlands sein müsste, gerade wegen der deutschen Geschichte alles für die Verteidigung der Unantastbarkeit Israels zu tun.⁵

Kurz: Wir stehen bei der großen Erzählung, die wir als Linke gemeinsam beginnen wollen am Anfang und mit dieser Toleranz sollten wir in die Debatte gehen. Das heißt, den anderen mitzudenken und dadurch mitzunehmen.

Ich möchte auf drei Punkte eingehen, die aus Sicht der undogmatischen und der Reformlinken wichtig sind:

1. Wir gehen aus von der Gleichzeitigkeit von sozialen Rechten und von Freiheitsrechten.

Ich habe verdeutlicht, dass die WASG nicht nur Produkt einer Spaltung des sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Lagers ist, sondern diese Bruchstelle vor allem anhand der „sozialen Frage“ formuliert wurde.

Wir sind uns sicherlich einig – und Caren Lay hat in ihrem Beitrag als Emanzipatorische Linke den Sozialstaat Bismarcks schon angesprochen -, dass Bismarck die Sozialistengesetze nie aufgehoben hätte, wenn er gewusst hätte, was Gerhard Schröder aus seinem Sozialstaat macht. Doch so nah uns diese Perspektive auch ist, so hat sich in der politischen Praxis und der programmatischen Debatte gezeigt, dass dies zu Widersprüchen führen kann. Auch wenn es oft nicht in dieser Form artikuliert wird, sehen viele in der WASG und auch der Linkspartei den Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit und vernachlässigen dabei weitere Unterdrückungsverhältnisse, wie z.B. Patriarchat, Rassismus etc..

Die Linkspartei.PDS hat sich mit ihrem Chemnitzer Programm als „sozialistische Bürgerrechtspartei“ konstituiert und sieht die demokratisch-sozialistische Perspektive in der konsequenten Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, sowohl der Arbeits- als auch der sonstigen Lebenswelten. Die Linkspartei hat dafür den Begriff der Freiheitsgüter entwickelt, der es wert ist, bewahrt zu werden.⁶

Dass neben der starken Betonung von Grund- und Freiheitsrechten daraus auch eine sozial-ökologisch motivierte Kritik an industrieller Wachstumseuphorie folgt, liegt auf der Hand.

⁵ Vgl. »Unsere Marine ist technisch schlecht vorbereitet« Die Bundestagsfraktion der Linken lehnt den Bundeswehreininsatz im Libanon ab. Ein Abgeordneter aus Sachsen ist mit der Begründung unzufrieden. Ein Gespräch mit Michael Leutert (MdB), junge welt, 15.09.2006.

⁶ Für eine starke PDS: Sozial, mit aller Kraft! - Als sozialistische Partei 2006 in den Deutschen Bundestag Leitantrag - Beschluss des Parteivorstandes vom 23. August 2004, http://sozialisten.de/partei/parteitag/pt0901/view_html?zid=28355&bs=1&n=4

2. Aus dieser Perspektive folgt ein emanzipatorisches Staatsverständnis, das in der „Progressiven Entstaatlichung“ seinen Ausdruck findet.

Im öffentlichen Diskurs aber auch in der neuen Linken wird häufig vom Gegensatz „Staat“ oder „Markt“ ausgegangen. In dieser verengten Auseinandersetzung bezieht die Linke Position für staatliches Handeln.

Dabei ist richtig, dass neoliberale Politik und Wirtschaft das Feld der öffentlichen Daseinsvorsorge als Profitquelle entdeckt haben und technologische Entwicklungen, um klassische staatliche Dienstleistungen wie beispielsweise Telekommunikation und Postdienste zu kommerzialisieren und dem Markt und Wettbewerb auszusetzen. Dieser Trend bei den bundesweiten Diensten setzt sich seit einigen Jahren auch bei den kleinteiligeren öffentlichen Leistungen der Kommunen wie Wasserversorgung, Nahverkehr oder Sparkassen fort.⁷

Die blanke Gegenüberstellung von „Staat versus Markt“ vernachlässigt aber, dass Marx und Engels von einer Vergesellschaftungs- und nicht von einer Verstaatlichungsperspektive ausgingen. Erinnerung sei an die Feststellung von Engels in einem Brief an den Marx-Schwiegersohn und Lohnarbeitskritiker Paul Lafargue: „*Staatssozialismus (...) ist eine der Kinderkrankheiten des proletarischen Sozialismus. (...)*“⁸ An anderer Stelle spricht Engels klar über das allein taktische Verhältnis zum Staatseigentum:

„Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften und Trusts noch die in Staatseigentum hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. (...) Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. (...) Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. (...) Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung. (...) Und dies kann nur dadurch geschehen, dass die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder anderen Leitung außer der ihrigen erwachsenen Produktivkräften. (...)“⁹

Wir gehen deshalb von einem anderen Staatsverständnis aus, das wir als „Progressive Entstaatlichung“ bezeichnen. Dieses Staatsverständnis hat übrigens Eingang in das Alternative Landesentwicklungskonzept ALEKSA¹⁰ und auch in das Hochschulreformgesetz¹¹ der Linksfraktion im Sächsischen Landtag gefunden. Die Forderungen nach dem mündigen Bürger, nach dem Entstehen einer Bürgergesellschaft, nach der Zivilgesellschaft stehen dem Ruf nach mehr Staat konträr gegenüber.

⁷ Klaus Lederer 2004, Strukturwandel bei kommunalen Wasserdienstleistungen, Berlin; Schader-Stiftung (Hrsg.) 2003, Öffentliche Daseinsvorsorge – Problem oder Lösung? Argumente und Materialien zur Debatte, Darmstadt.

⁸ Friedrich Engels 1894, Brief an Paul Lafargue, MEW 39, 215.

⁹ Friedrich Engels, Entwicklung des Sozialismus, MEW 19, 221f.

¹⁰ PDS-Fraktion im Landtag Sachsen 2004, Alternatives Landesentwicklungskonzept für den Freistaat Sachsen (ALEKSA), http://www.pdsfraktion-sachsen.de/downloads/aleksa_web.pdf.

¹¹ Gesetz zur Reform der Hochschulen im Freistaat Sachsen und zur Änderung der Verfassung des Freistaates Sachsen, http://www.pds-fraktion-sachsen.de/statements/stat_drs/06303_GE_AKIII_S%E4chsHSReformG.rtf.

Progressive Entstaatlichung unterscheidet sich von Deregulierung trotz gegentei-
liger Vorwürfe deutlich. Die Deregulierung setzt auf das freie Spiel der Marktkräfte
und sieht den Staat als Hemmschuh der Kapitalentfaltung. Unserer Auffassung
nach sollte der Staat dort regulierend und steuernd eingreifen, wo es individuell
nötig ist und sich dort wo es möglich ist, zurückziehen. Nicht zugunsten von Un-
ternehmensmacht, sondern zugunsten von Zivilgesellschaft und den Selbstregu-
lierens- und Entfaltungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern, in Vereinen,
Bewegungen, Genossenschaften etc.. Hier sind wir, wie Caren Lay gezeigt hat,
sicherlich näher an der Emanzipatorischen Linken als an jedem neoliberalen De-
regulierer.

In den Worten des sachsen-anhaltinischen Leitantrages: Linke Politik setzt die
Schwerpunkte der Steuerung durch den Staat auf die Sicherung ökologischer
Nachhaltigkeit, auf soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe.

- Diese „Gewährleistungspflicht“ des Staates zur Daseinsvorsorge schließt nicht
die Pflicht ein, eine Aufgabe selbst vorhalten.
- Den Sozialstaat sehen wir in der Pflicht, die finanziellen Voraussetzungen für
die sozialen Sicherungssysteme bereitzustellen und nicht zuletzt die gesetz-
geberische Kontrolle über wesentliche Qualitätsstandards und Rahmenbedin-
gungen auszufüllen.
- Die Gestaltung eines leistungsfähigen, bürgernah und effizient arbeitenden öf-
fentlichen Sektors reduziert sich keineswegs auf die Ausweitung der Beschäf-
tigung im öffentlichen Dienst. Auch hier ist die Linkspartei.PDS gefordert, Auf-
gaben und Verantwortung vielfältig zu verteilen: auf die Kommunen, den ge-
meinnützigen privaten Sektor, und an die Bürgerinnen und Bürger.

Das Maß der Dinge bei der politischen Entscheidungsfindung ist für uns nicht der
Profit, sondern die chancengleiche Beteiligung und Teilhabe aller.¹²

3. Wir wollen die Gesellschaft von innen verändern, statt sie nur von außen zu kritisieren.

Jeder Partei stellt sich die Frage, wie sie ihre politischen Vorstellungen gesell-
schaftlich durchsetzen will. Dies gilt in besonderem Maße für eine Partei, die pro-
grammatisch nicht als Minderheitenpartei antritt, sondern die politischen Forde-
rungen in den Mittelpunkt stellt, die die Interessen der Mehrheit der Gesellschaft
betreffen. Für eine Partei, die absehbar mit ihrem Gesamtprogramm keine Mehr-
heitspartei sein wird, gibt es generell zwei Möglichkeiten, wie wir in dem erwähn-
ten Papier zum Bundesparteitag 2006 darstellten:

- a) Man könnte darauf orientieren, dass für Teilaspekte der eigenen Programma-
tik eine gesellschaftliche Mehrheit vorhanden ist, die einen solchen Druck er-
zeugen kann, dass sich andere Parteien diese Inhalte zu Eigen machen. Die
Politikformen hierfür sind Protest und Widerstand. Protest und Widerstand
sind geeignete Politikformen, um Erfolge in einzelnen Fragen zu erzielen. Sie
haben jedoch den Nachteil, dass sie in extremer Weise auf das Handeln an-
derer Kräfte und Parteien angewiesen sind.

¹² Die Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt, Offen für Veränderung – offen für den Dialog. Die neue Linke. Ein
Beitrag zur Programmdebatte, Beschluss der 5. Tagung des 9. Landesparteitages der Linkspartei.PDS
Sachsen-Anhalt am 23. und 24. September 2006, [http://www.linkspartei-sachsen-anhalt.de/pt/060923_24/
reden/Leitantrag-Programmdebatte.pdf](http://www.linkspartei-sachsen-anhalt.de/pt/060923_24/reden/Leitantrag-Programmdebatte.pdf)

- b) Zum anderen kann man nach Überschneidungen mit anderen Parteien suchen, um auf dem Weg des Bündnisses Teile der eigenen Zielvorstellung zu erreichen. Diese Politikform zielt auf Verstärkung gesellschaftlicher Mehrheiten, begleitet von anderen Politikformen. Wir definieren für uns Politik als Aufgabe, die gesellschaftlichen Verhältnisse nachhaltig für die sozial Benachteiligten zu verändern. Für diese Richtung der Politik müssen mittel- und langfristige Machtverhältnisse geändert werden. Hierfür ist eine starke parlamentarische Vertretung ebenso eine Voraussetzung wie die Verbindung mit sozialen Bewegungen. Die Orientierung auf Mehrheiten in den Parlamenten für linke Gestaltungspolitik mündet immer auch in die Frage nach Übernahme von Regierungsverantwortung durch diese Mehrheit, weshalb wir die dafür entsprechenden Strategien diskutieren und durchsetzen wollen.¹³

Es gibt in der Linkspartei.PDS und der WASG einen feststellbaren Trend, linke Politik auf die „Gegenbegriffe zum Neoliberalismus“ zu reduzieren. Der auf dem Potsdamer Parteitag der PDS im Oktober 2004 beschlossene Leitantrag war hier schon ein Schritt weiter. Dort wurde formuliert: *„Nach wie vor dominiert neoliberales Denken in Politik, Öffentlichkeit und Wirtschaft. Doch Anspruch und Scheitern dieser Dogmen und Mythen, die Folgen ihrer Umsetzung und die immer drängender werdenden Fragen jenseits des neoliberalen Denkhorizonts prägen zunehmend die Debatten, die Meinungsbildung und die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Auch in mit uns konkurrierenden politischen Parteien brechen ungeachtet des neoliberalen Kurses der jeweiligen Führungen Auseinandersetzungen auf. Die Unterschiede zwischen und in den anderen Parteien nehmen wir ernst und suchen nach Zugängen zu diesen Debatten“*.¹⁴

Daran zu erinnern ist u.a. deshalb notwendig, weil in Potsdam auch das "strategische Dreieck" zwischen Protest, Gestaltungsanspruch und über die derzeitigen Verhältnisse hinaus weisenden demokratisch-sozialistischen Alternativen als der Rahmen beschrieben wurde, in dem sich die Partei erfolgreich bewegen kann. Zu oft noch aber wird, wie Kerstin Kaiser, Wulf Gallert und Stefan Liebich in ihrem Papier „Gewählt um zu verändern“ vor dem Dresdner Parteitag Ende letzten Jahres feststellten *„dieses ‚strategische Dreieck‘ nur als Rechtfertigung des Behaltens auf einer seiner Ecken missdeutet, Regierungstätigkeit als Um- oder gar Abweg auf dem vermeintlich geraden Weg zwischen Protest und grundsätzlichen gesellschaftlichen Alternativen in Frage gestellt*.

Doch dieses ‚strategische Dreieck‘ war nie als ein Raum gedacht, in den wir uns vor den Herausforderungen des gesellschaftlichen und politischen Lebens zurückziehen und in dem wir uns vor den Anhängerinnen und Anhängern konkurrierender Parteien oder sozialen Bewegungen abschotten. Es war nach unserem Verständnis auch nie diagonal zu den politischen Ebenen gemeint: unten, in Kommunen und bestenfalls den Ländern Mitgestaltung, und oben, auf Bundesebene, nur der Protest. Und die übergreifenden Alternativen entsorgt in eine unpolitische Nische ‚Programmdebatte‘.“¹⁵

¹³ Gohde/Hoff/Breitenbach/Eckhoff 2006, a.a.O.

¹⁴ Für eine starke PDS: Sozial, mit aller Kraft, a.a.O.

¹⁵ Kerstin Kaiser, Wulf Gallert, Stefan Liebich, Linkspartei: Gewählt, um zu verändern, Diskussionspapier zum Bundesparteitag der Linkspartei.PDS, Dezember 2005

Zu oft wird eine offensive Haltung, die eigene politische Vorstellungen über Regierungshandeln auch praktisch umsetzen will, unter Linken als das Streben einzelner Politikerinnen und Politiker nach Regierungsämtern diskreditiert. Das wird der politischen Herausforderung nicht einmal im Ansatz gerecht.

In Sachsen-Anhalt wurde in den 90er Jahren zudem die Erfahrung gemacht, wie es ist, wenn man immer und überall Mitverantwortung für eine Landesregierung trägt - nur nicht am Kabinetttisch mit entscheidet und in keinem Ressort eigene Linien umsetzen kann. Für das, was jetzt anzupacken ist, reicht das nicht mehr aus. Das Beispiel Brandenburg zeigt uns: PDS-Wahlerfolge im Land allein bringen noch keinen Politikwechsel in Richtung sozialer Gerechtigkeit. Dieser wird nur möglich, wenn es auch einen Regierungswechsel gibt. Regieren muss man vorbereiten: politisch-inhaltlich und nicht minder politisch-mental – in den eigenen Reihen wie in der Gesellschaft insgesamt. Regieren muss man wollen.¹⁶

¹⁶ Kaiser, Gallert, Liebich, a.a.O.